

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 225.

Dienstag, den 26. September 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Achtung!

Zum Quartalswechsel richten wir an alle Leser, Freunde und Gesinnungsgenossen die dringende Mahnung unablässig für die **Verbreitung unserer Zeitung**

thätig zu sein. Es ist jetzt die beste Zeit zu einer energischen Agitation für die Presse; die Abende werden länger und länger, das Lesebedürfnis wächst wieder.

Aber nicht allein zur Unterhaltung soll der Arbeiter seine Zeitung lesen, sondern er muß sich bewußt sein, daß es in dieser wildgährenden Zeit die Pflicht eines jeden Staatsbürgers ist, sich über die Vorgänge im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben zu unterrichten. Erst muß man wissen, was ist, bevor man das Unbestimmte, drängende Sehnen nach besseren Lebensumständen in klare Forderungen zu fassen vermag. Wir gehen bewegten Monaten entgegen. Das tiefste Interesse eines jeden Arbeiters wird durch die

Zuchthaus-Vorlage

berührt, die uns noch immer droht. Mehr und mehr wird es wahrscheinlich, daß ein Theil der bürgerlichen Opposition gegen dieses unerhörte Ausnahmengesetz unfaßbar wird; mehr und mehr muß aber darnach der Widerstand der Arbeiter dagegen gehärtet werden.

Unablässige Agitation, sorgfältigste Aufklärungsarbeit thut noth, ebenso wie das anfeuernde Wort, das zum Ansharren in heißen Kämpfen mahnt.

Unsere Presse

widmet gerade dieser Aufgabe ihre besondere Aufmerksamkeit. Sie steht immerfort kampfbereit auf dem Posten, ein Vorfechter der um ihre Emanzipation ringenden Arbeitererschaft. Mit dem scharfen Waffen der Parteiprogramme kämpft sie für Freiheit und Recht, für Menschenglück und Menschenwürde jetzt und allezeit.

Rasche Berichte über alle wichtigen Ereignisse im In- und Lande, scharfe, aber gerechte Kritik der Vorgänge im Gemeindeleben, ein reichhaltiger Unterhaltungstheil, anregende Abhandlungen aus dem Gebiete der Kunst und der Wissenschaft bietet unsere Zeitung. Und je weiter sie verbreitet wird, um so mehr kann sie leisten.

Unsere Parteigenossen machen wir auf den bevorstehenden Parteitag aufmerksam, über den wir ausführliche Berichte mit möglicher Beschleunigung veröffentlichen werden.

Freunde und Leser! Verbreitet Euer Zeitung, Ihr verbreitet dadurch Euer Wunsche, Euer Ideen; werbt Ihr Abonnenten, so werbt Ihr Retten für die Armee der Freiheit! Vorwärts zu neuen Kämpfen und neuen Siegen!

Redaktion und Verlag des „Lübecker Volksbote.“

Politische Mundschau.

Deutschland.

Für die Zuchthausvorlage tritt, in den Spuren der töflischen amtlichen „Denkschrift“ wandelnd, der berühmte Hamburger Arbeitgeberverband ein, und zwar mit einer eigenen Denkschrift, die indes nicht schwerer wiegt, als ihre ältere Schwester. Die Hamburger Schärfermacher wollen so gnädig sein, auf die Zuchthausstrafe zu verzichten, schwärmen aber dafür um so inniger für die Bestrafung der Arbeiter mit Gefängniß. Von dem Schutze der Arbeiter gegen den Terrorismus der Arbeitgeber reden die Hamburger Herren nicht. — Höchst originell ist das Verlangen des frommen „Reichsboten“, das Streifen überhaupt zu verbieten, d. h. unter Strafe zu stellen. Ohne das Recht zu streifen ist aber das Koalitionsrecht ein Hohn. — Gegenüber den Versicherungen nationalliberaler Blätter, daß die nationalliberale Fraktion für eine „verbesserte Zuchthausvorlage“ zu haben sein werde, führt die „N.-Ztg.“ einen Eiertanz à la Zentrum auf. Daß die Nationalliberalen bereit sein werden, die Arbeitererschaft dem Unternehmertum wehrlos zu überantworten, steht für uns fest. Was sollen da noch große Worte?

Zur Vorgesichte der Zuchthausvorlage erzählt die Mannheimer nationalliberale „Badische Landesztg.“ indem sie die Haltung des Abg. Baffermann verteidigt, n. a. Folgendes: „Es hat sich inzwischen bestätigt, daß Graf Posadowsky die Einwendungen von Vertretern

mehrerer Bundesstaaten (gegen die Vorlage) weniger mit sachlichen Motiven, als gerade mit dem Hinweis auf die Deynhauser Rede entkräftet hat. Es soll heute nicht davon die Rede sein, ob und in welchem Grade ein solches Verhalten der kaiserlichen Rathgeber den Anforderungen ihres Amtes entspricht. Wohl aber muß mit aller Entschiedenheit in Abrede gestellt werden, daß nationalliberale Volksvertreter solchen Ermägungen zugänglich sein könnten. Im Gegentheil halten wir es für sehr begreiflich, daß der Argwohn, es hätten der Sache selbst fernliegende Gesichtspunkte die Herstellung des Gesetzeswurfes beeinflusst, eine große Anzahl von Liberalen ihm von vornherein abgeneigt gemacht hat.“ — Die Arbeiter, welche durch das Zuchthausgesetz bedroht sind, wollen sich die Enthüllung merken, daß der ursprüngliche Widerspruch mancher Bundesrathsvertreter gegen die Vorlage durch den Hinweis auf die Nothwendigkeit beseitigt wurden ist: es gelte den Trinkspruch von Deynhausen zu erfüllen. Arme Minister!

Gesetzesverächter. Im deutschen Flottenverein liegt die Geschäftsführung bekanntlich demselben Herrn Schweinburg aus Galizien ob, dem auch die Leitung der „Berliner Neuzeit“ und der „Berl. Pol. Nachr.“ untersteht. In den „Berl. Neuzeit“ rühmt nun Herr Schweinburg, daß der Flottenverein es am 1. September bis auf 62 939 Mitglieder gebracht habe. Bekanntlich sind alle politischen Beamten bis zum Landrath herab in Bewegung gesetzt worden, um unter ihrer Regide Mitglieder für den Verein heranzuziehen. Aus der Mittheilung der „Berl. Neuzeit“ ist zu entnehmen, daß der deutsche Eisenbahn-Beamtenverein zu Hannover mit 9000 Mitgliedern beigetreten ist als korporchaftliches Mitglied des Flottenvereins. Es hätten sich dem Flottenverein ebenfalls angeschlossen 19 Marinevereine, 46 Krieger- und Landwehrvereine und 55 sonstige Vereine. — Man ersieht daraus, daß für diesen politischen Agitationsverein das Koalitionsverbot des preussischen Vereinsgesetzes thatsächlich nicht vorhanden ist. Bisher hat sich aber noch kein Staatsanwalt gefunden, der diesen Gesetzesverächtern den Prozeß gemacht hätte. Warum nimmt man den Arbeitervereinen gegenüber das Koalitionsverbot so furchtbar ernst? Steht der Flottenverein etwa außerhalb des Gesetzes?

Die Schraube ohne Ende wird neu geschmiert. Herr v. Miquel läßt durch seinen Schweinburg der Welt verkünden:

„In Preußen läuft der Jahresbetrag der aus Anleihen zu befreienden Ausgaben nicht durch den Etat, es wird vielmehr aus den durch besonderes Gesetz bewilligten Krediten so viel flüssig gemacht, als zur Fortführung der betreffenden Unternehmungen erforderlich ist und nicht durch Verrechnung der zur Schuldentilgung bestimmter Summe auf jene Kredite gedeckt werden kann. Wie in den meisten anderen Jahren hat 1898 der Betrag der auf Anleihen zu übernehmenden Ausgaben die Beträge, welche einschließlich der zur außerordentlichen Schuldentilgung aus den Ueberschüssen zu verwendenden Summe von über dreißig Millionen Mark zur Schuldentilgung verfügbar waren, überschritten, so daß nicht nur nichts davon zur effektiven Schuldentilgung übrig blieb, sondern in Preußen, wie im Reich, eine Vermehrung der Staatsschuld eingetreten ist. Preußen steht daher in dieser Hinsicht durchaus nicht günstiger als das Reich, während dies vor Preußen noch den hohen, dem Reichshaushalt für 1900 zu Gute kommenden Ueberschuß vorans hat. Auf die Lage der Reichsfinanzen könnte daher ein Widerspruch gegen etwaige Mehrforderungen für Heer und Marine nicht geküßt werden.“

Also wird der Reichstag sich wieder mit solchen Mehrforderungen zu befassen haben. Ein wahres Glück, daß Herr Dr. Lieber nicht nach China gereist ist. Wie steht es denn aber bei der günstigen Lage der Reichsfinanzen mit einer Herabsetzung der Steuern, mit der endlichen Beseitigung der Getreidezölle bei der bevorstehenden Neuberathung der Handels-Verträge?

Viel Lärm um nichts. Nach Meldungen holländischer Blätter sind zwischen Deutschland und den Niederlanden Differenzen wegen der bei Neu-Guinea liegenden Mapiainseln entstanden. Angeblich ist bereits ein holländisches Kriegsschiff dorthin unterwegs, um der von deutscher Seite beabsichtigten Besitzergreifung zuvorzukommen. Dieser Kolonialstreit ist glücklicher Weise kein aufregender. In früheren Jahren haben, wie die „Post“ mittheilt, Spanien und die Niederlande gleichzeitig Anspruch auf diese Eilande erhoben, ohne daß es jedoch zu einer Entscheidung gekommen wäre. Da nun alle bedeutenden Geographen genannte Inselgruppe zu den Karolinen rech-

nen, bei der Abtretung letzterer an Deutschland aber keine auf die Mapiainseln bezüglichen Vorbehalte gemacht worden sind, so betrachtet man deutscherseits die Mapiainseln als zu dem Karolinen-Archipel gehörig. Sollten die Niederlande hiergegen Einwendungen erheben, so wird man selbstverständlich zu einer gemeinsamen Prüfung der Angelegenheit schreiten. Ernste Differenzen wegen der Mapiainseln zwischen Deutschland und den Niederlanden sind nicht zu befürchten. Das etwaige Streitobjekt (es handelt sich im Wesentlichen um eine kleine, unbedeutende Koralleninsel) ist zu gering, als daß man sich veranlaßt fühlen könnte, seinetwegen sich zu ereifern.

Dem Verdienste seine Krone. Wie der „Märkische Sprecher“ meldet, ist im Zusammenhang mit der Beilegung der Herne Unruhen dem Landrath Spude-Bochum der Rothe Adlerorden 4. Kl. verliehen worden; Bürgermeister Schaefer-Herne erhielt den Kronenorden 3. Kl., Polizeikommissar Brodmeyer-Herne den Kronenorden 4. Kl.; mehreren Gendarmen und Polizeibeamten ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Ueber die sozialdemokratischen Wahlerfolge in Sachsen schreibt die ultramontane „Köln. Volksztg.“:

„Aber die Hauptursache des Sordringens der Sozialdemokratie in Sachsen dürfte doch in der Art und Weise liegen, wie in Sachsen die „Rothen“ bekämpft werden. Der Zug zum Kleinlichen tritt bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie in ganz auffälliger Weise hervor. Daß Sachsen jetzt die höchstigen Sozialdemokraten hat, ist nicht zuletzt eine Folge der Politik der Nabelstiche. Durch die Aenderung des Wahlrechtes zum Landtage hat man zwar erreicht, daß die Sozialdemokratie noch und nach aus der Zweiten Kammer verschwinden wird, dafür wirft sich diese mit um so größerer Macht auf die Reichstagswahlen. In dieser Beziehung ist die offizielle Statistik über die letzten Reichstagswahlen recht lehrreich. Aus derselben geht hervor, daß bei den nächsten Reichstagswahlen möglicher Weise sämtliche sächsische Reichstags-Wahlkreise bis auf drei oder vier in den Besitz der Sozialdemokratie übergehen können. Dazu wird man zwar die Sozialdemokratie im Landtage los sein, sie aber um so zahlreicher im Reichstage haben. Und wenn selbst nach dem Wunsche sächsischer Blätter die Sozialdemokraten durch Aenderung des Reichswahlrechtes vom Reichstage ausgeschlossen werden sollten, glaubt man denn, daß damit auch die Sozialdemokratie beseitigt sei?“

Abgesehen davon, daß das Kölner Blatt sich irrt, wenn es meint, daß Sachsen die „höchstigen Sozialdemokraten“ hat — unsere sächsischen Genossen sind vielmehr von echt sächsischer Gemüthlichkeit — so trifft es doch den Nagel auf den Kopf mit der Kritik der sächsischen Sozialistenverfolgung. Die Politik, welche jetzt im Lande der Gose und des Leipziger Allerlei getrieben wird, ist die Politik der Verzweiflung. Der Ertrinkende klammert sich an den Strohhalme und die sächsischen Reaktionäre an die Polizeier und Staatsanwälte.

Wenn einige Pfennige für den Arbeiter bezahlt werden sollen, ist die kapitalistische Presse immer bereit, großen Lärm zu machen. Den Arbeitern soll begreiflich gemacht werden, daß sie Almosenempfänger sind. So macht jetzt folgende Notiz die Runde durch die Presse:

„Der nächstjährige Reichshaushaltsetat dürfte auch in denjenigen Positionen Forderungserhöhungen aufweisen, welche sich auf die Beiträge der Reichsbetriebsverwaltungen für die einzelnen Arbeiterversicherungs-zweige beziehen. Namentlich kommen dabei Heeres- und Marineverwaltung in Betracht. Einerseits wird auf die Erhöhung der betreffenden Positionen die Zunahme der versicherungspflichtigen Personen einwirken, andererseits kommt bei der Invalidenversicherung noch der Umstand in Betracht, daß schon mit dem 1. Januar 1900 eine neue Lohnklasse gebildet wird, in welcher höhere Beiträge zu entrichten sind. Während früher für alle Versicherten, die über 850 Mk. Jahresarbeitsverdienst hatten, 20 Pfg. auf die Woche an Beiträgen entrichtet werden mußten, würden für diejenigen, welche 1150 Mk. und darüber verdienen, von dem bezeichneten Zeitpunkt ab 36 Pfg. zu zahlen sein. In den verschiedensten Reichsbetrieben, namentlich aber auf den Werften giebt es recht viele versicherungspflichtige Personen, die einen solchen Jahresarbeitsverdienst haben, und für diese Alle käme auf die Zukunft die höhere Beitragzahlung, die zur Hälfte dem Reiche als Arbeitgeber zur Last fällt, in Betracht. Die Leistungen, die dem Reiche durch die Arbeiterversicherung in dieser Hinsicht erwachsen, belaufen sich jetzt schon zusammen auf über eine Million Mark. Sie werden also in Zukunft noch eine Steigerung erfahren.“

Bei der Heeresverwaltung sind rund 36 000 und bei der Marineverwaltung rund 15 200 Personen beschäftigt. Die Löhne in den Reichsbetrieben sind so niedrig, daß höchstens Borarbeiter in die fünfte Lohnklasse kommen werden. Da für die Eintheilung in Lohnklassen in der

Regel nicht der tatsächliche Arbeitsverdienst, sondern fast immer nur angenommene Löhne bei der Berechnung zu Grunde gelegt werden, so kommen die Arbeiter, welche durch Akkordlöhne mehr als 1150 Mk. verdienen, nicht in die fünfte Lohnklasse. Von den 51 000 Arbeitern werden keine 5000 in die fünfte Lohnklasse kommen. Das Reich muß also jährlich ca. 7800 Mk. mehr ausgeben. Wenn es acht Millionen Mark Mehrausgaben für den Militarismus wären, dann würden die Zeitungen kaum Notiz davon nehmen. Nun, da es der tausendste Theil für Arbeiter ist, wird großes Geschrei gemacht.

Die sächsischen Reichstagswahlkreise und die Sozialdemokratie. Die Möglichkeit, daß binnen kurzem die Mehrheit der sächsischen Reichstagsabgeordneten Sozialdemokraten sein können, hat mehrfach die Aufmerksamkeit auf die Parteiverhältnisse in Sachsen gelenkt. Eine Zusammenstellung der sächsischen Reichstagswahlkreise mit Bezug auf ihre Vertretung durch Sozialdemokraten wird daher von Interesse sein. Nach Mittheilungen eines Berliner Blattes sind die sächsischen Wahlkreise bisher wie folgt vertreten. Der erste Wahlkreis (Zittau) hat erst seit 1898 einen sozialdemokratischen Vertreter. Früher war er nationalliberal und dann freisinnig vertreten. Der zweite und der dritte Kreis (Leipzig und Bautzen) sind bisher noch niemals sozialdemokratisch vertreten gewesen, wenn auch unsere Partei beide Kreise, besonders den zweiten, hart bedrängt. Auch der vierte Kreis (Dresden-Land) hatte bis 1898 niemals einen sozialdemokratischen Abgeordneten. Er wurde bei der letzten Wahl, hoffentlich für immer, für uns erobert. Der fünfte Kreis (Stadt Dresden) hatte schon in den Jahren 1877—1881 einen sozialdemokratischen Abgeordneten. Die Sozialdemokratie wurde 1881 verdrängt, gewann aber 1898 den Kreis wieder. Der sechste Kreis (Dippoldiswalde) befindet sich seit 1895 in unseren Händen und kann uns so leicht nicht wieder entrisen werden. Der siebente Kreis (Weißeritz) hat bisher noch keinen sozialdemokratischen Vertreter gehabt, doch fehlten bei der letzten Stichwahl nur noch 1200 Stimmen an der Majorität, so daß in absehbarer Zeit auch dieser Kreis in unsere Hände fallen dürfte. Um den achten Kreis (Pirna), der bisher sich ebenfalls noch nicht in unseren Händen befand, wird jetzt gerungen, und wollen wir hoffen, daß es uns gelingt, das Mandat zu erobern. Der neunte Kreis (Freiberg) hat in der Person des Genossen Fritz Rende im Jahre 1867 den ersten Sozialdemokraten in den norddeutschen Bund entsandt. Er war dann 1874—77 und 1878—84 durch Sozialdemokraten vertreten, während bei der letzten Wahl der konservative Abgeordnete Dr. Dertel siegte. Der zehnte (Döbeln) und elfte (Dachau) Kreis haben bisher stets bürgerliche Vertreter in den Reichstag gesandt, wenn auch im zehnten unsere Partei die weitaus meisten Stimmen von allen Parteien aufweist. Der zwölfte Kreis (Stadt Leipzig) konnte bisher trotz aller Anstrengungen immer noch nicht erobert werden. Der 13. Kreis (Leipzig-Land) war von 1874—78 sozialdemokratisch vertreten, ebenso von 1884—87 und von 1890 an. Unsere Mehrheit ist hier so groß, daß der Kreis nach menschlicher Voraussicht niemals wieder verloren werden kann. Der 14. Kreis (Borna) ist noch niemals sozialdemokratisch vertreten gewesen. Der 15. Kreis (Rochlitz) hatte bereits 1874 bis 1884 eine sozialdemokratische Vertretung, ebenso 1890—98. Bei der letzten Wahl ging er leider verloren. Der 16. Wahlkreis (Chemnitz) war 1867—1870, 1874—78, 1881—87 und von 1890 an sozialdemokratisch vertreten. Auch er gehört zum sicheren Besitzstande der Partei. Dasselbe gilt vom 17. Kreise (Glauchau), der von 1867—81, von 1884—87 und von 1890 bis jetzt sozialdemokratisch vertreten, und zwar Sebel und Auer, in den Reichstag gesandt hat. Der 18. Kreis (Zwickau) war von 1874—78, von 1881—87 und von 1890 an sozialdemokratisch vertreten. Eine Verdrängung der Sozialdemokratie erscheint unmöglich. Der 19. Kreis (Schneeberg) hatte von 1867—71, von 1874—81, von 1886—87 und von 1890 an einen sozialdemokratischen Vertreter, den zu entfernen auch in diesem Kreise vergebliche Mühe sein dürfte. Der 20. Kreis (Marienberg) ist bereits von 1878—81 sozialdemokratisch vertreten gewesen und dann erst 1898 wieder von uns erobert worden. Hier gilt es noch tüchtig zu arbeiten, um das Mandat zu behaupten. Der 21. Kreis (Annaberg) ist noch niemals sozialdemokratisch vertreten gewesen. Der 22. Kreis (Reichenbach) hatte von 1884—87 und von 1892 an einen sozialdemokratischen Vertreter. Endlich ist der 23. Kreis (Plauen) von 1894—98 sozialdemokratisch vertreten gewesen, hat aber dann wieder einen Konservativen in den Reichstag entsandt. Bei der nächsten Wahl dürfte er aller Voraussicht nach wieder erobert werden. — Aus dieser Darstellung geht hervor, daß der 6., 13., 16., 17., 18. und 19. Wahlkreis uns unbedingt gehören, und daß in den fünf andern, in unsern Händen befindlichen, noch unaufhörlich gearbeitet werden muß, um einzelne der Mandate uns nicht wieder entziehen zu lassen. Einige andere neue Wahlkreise dürften uns bei der nächsten Wahl sicherlich noch zufallen. In absehbarer Zeit dürfte Sachsen fast nur sozialdemokratische Vertreter in den Reichstag schicken.

Ueber die Berechtigung des Streikpostenstehens in England schreibt neuerdings der Londoner Korrespondent der „Volksztg.“:

„Ich konnte vor einigen Tagen über einen Streikpostenfall berichten, der in Verbindung mit dem Seemannsstreik vorgekommen war. (Wir haben davon in Nummer 224 des „Völk.“ Notiz genommen. Red.)

Bekanntlich war ein Sekretär der Seemannsunion verhaftet worden, weil er sich als Streikposten an Bord eines Schiffes begeben und dort die Anwerbung von Mannschaften hatte verhindern wollen, und weil er, trotz Aufforderung, das Schiff nicht verließ. Der Polizeiinspektor hatte die Haftentlassung angeordnet, da der Polizist als Verhaftungsgrund angegeben hatte, daß der Verhaftete Arbeitswillige zur Nichtaufnahme von Arbeit überredet habe. Nach dem Urtheil des Polizei-Inspektors berechtigte dies den Polizisten nicht, zur Verhaftung zu schreiten. Gegen den Sekretär waren nun, wie ich bereits früher als Verurtheilung aussprach, mehrere Klagen ergangen. Diese Klagen lauteten: 1. Der Beschuldigte habe sich gegen das Gesetz vergangen, weil er Leute zum Streik veranlaßt habe für den Fall, daß nicht höhere Löhne bewilligt würden; 2. Weil er sich geweigert habe, das Schiff zu verlassen; 3. Weil er an Bord des Schiffes zum Streik aufgefordert habe. Das Urtheil des Polizeigerichts West-Ham, das über diese Klagen zu entscheiden hatte, ist für Deutschland besonders interessant, da es abermals deutlich die Posadowsky'sche Behauptung widerlegt, daß es in England verboten sei, Streikposten zu stehen oder Arbeitswillige von der Arbeit abzuhalten. Das Urtheil lautet wörtlich: 1. „Obgleich es ein Verstoß gegen das Seemannsgesetz ist, Leute von der Ausübung ihrer Pflicht abzuhalten, so ist es doch kein Verstoß gegen dieses Gesetz, Leute zu überreden, zur Erreichung höherer Löhne zu streiken.“ 2. „Jackson hat nicht gegen das genannte Gesetz verstoßen, indem er sich weigerte, das Schiff zu verlassen.“ 3. „Wenn auch das „Verstöße- und Eigenthumschutz-Gesetz“ es gestattet, Leute außerhalb der Arbeitsräume zu überreden, nicht die Arbeit aufzunehmen, so ist es doch ungesetzlich, dies an Bord eines Schiffes zu thun.“ Jackson wurde wegen dieses Vorgehens „an Bord des Schiffes“ zu fünf Pfund Geldstrafe verurtheilt. Wie ich höre, wird die Union der Seutele auch noch gegen dieses Urtheil vorgehen, da sie der Ansicht ist, daß auch an Bord des Schiffes der Streikposten seine Versuche, andere zu Arbeitseinstellung zu überreden, unternehmen darf. Wichtig ist jedenfalls, daß der Gerichtshof deutlich ausspricht, daß es nach dem Verstoßgesetz, auf das sich Graf Posadowsky bekanntlich berief, den Streikposten gestattet ist, außerhalb der Arbeitsräume Arbeitswilligen zur Einstellung der Arbeit zuzureden. Hoffentlich nimmt Graf Posadowsky von diesem Urtheilspruch Kenntniß, damit er im Reichstage nunmehr erklären kann, daß das Streikpostenstehen in England nicht verboten ist. Uebrigens möchte ich wohl wissen, welche Strafe man in Deutschland einem Jackson hätte zu Theil werden lassen, der nicht nur an Bord des Schiffes zum Streik überredete, sondern sogar das Schiff zu verlassen sich weigerte.“ — Und da will man uns in Deutschland noch erzählen, daß die Arbeiter in England bedeutend strengerem Gesetze unterworfen seien, als die Arbeiter in Deutschland!

Ein europäischer Fleischer-Kongress, der den Kampf gegen die amerikanische Konkurrenz organisieren soll, ist geplant. Die österreichischen Fleischer haben auf ihrem kürzlich abgehaltenen Verbandstage folgende Resolution angenommen:

„Der erste Verbandstag der Fleischer und Fleischhauer beschließt, den Deutschen Fleischer-Verband zu ersuchen, die Abhaltung eines Kongresses der Fleischhauer der kontinentalen Staaten einzuleiten, um zu berathen: 1) Welche Mittel gegen die amerikanische Konkurrenz im Interesse der Fleischer sowohl als der Konsumenten zu ergreifen seien; 2) wodurch der verderblichen Entwicklung zu kapitalistischen Monopolen der Fleischbranche entgegenzuwirken sei; 3) welche durch die Regierungen zu treffenden Maßnahmen praktisch geeignet sind, die Fleischpreise vor dem Genusse gesundheitsgefährlicher Fleischwaren zu bewahren; 4) wie praktisch, ohne schwere Verluste, der Ausbreitung der Viehschnecken entgegenzuwirken sein kann. Der Verbandstag hält es auch für angelegentlich, den Versuch zu machen, die Bauern der in Betracht kommenden Staaten für die Beschickung des Kongresses zu gewinnen.“

Der Gesamtverband des Deutschen Fleischerverbandes wird demnächst zusammentreten, um über die Anregung Beschlüsse zu fassen.

Kleine politische Nachrichten. Die städtische Polizei in Halle a. S. soll im April 1900 in eine königliche umgewandelt werden. Als Veranlassung in dieser Maßregel ist das heinzeigende vom Bürgermeister als Polizeichef ergangene Verbot eines Fadelzuges und des Haltens patriotischer Ansprachen bei Enthüllung des Bismarck-Denkmalens anzusehen. — In Lannesdorf bei Godesberg sind 6 russische Unterthanen (4 Männer und 2 Mädchen), die als Fingerringarbeiter thätig waren, von der Polizei als „russische Ausländer“ ausgewiesen worden. — Die serbische Skapschina wird am 2. Oktober zu einer neuen Monat dauernden Session zusammentreten. — Gegen die Expansionspolitik Mac Kintoch's wendet sich die demokratische Partei in dem Vereinigten Staaten immer energischer. So bezeichnet das von der demokratischen Partei in Massachussetts angenommene Programm den Krieg gegen die Philippinen als verbrecherisch und aggressiv und verlangt für die Philippinen Unabhängigkeit und Schutz gegen einen fremden Angriff. Es machte sich eine starke Strömung für Bryan bemerkbar.

Dänemark.

Die Vorbereitung der nächsten Arbeiteraussperrung In Malmö versammelten sich am Donnerstag vor acht Tagen die Delegirten des schwedischen Bauunternehmervereins zu einer Generalversammlung. Dabei erschien auch der dänische Sargfabrikant und Hauptstärkermacher Rostrop, der sich bei der großen Aussperrung besonders hervorgethan hat als Hauptstärker. Er dankte den Schweden für die Unterstützung, die sie den dänischen Unternehmern im Kampfe gewährt hätten, und empfahl dann eindringlich den Zusammenschluß der Unternehmer der drei nordischen Reiche, da sich gezeigt habe, daß die Organisation der Arbeiterorganisation nicht gewachsen sei. —

In Uebereinstimmung hiermit ist dann eine Einladung zu einem nordischen Industrietag ergangen, der im Jahre 1900 in Kopenhagen veranstaltet werden soll, und auf dessen Tagesordnung steht: „Der dänische Arbeitgeber- und Meisterverein und anderes die fachliche Organisation betreffendes.“ Am Montag und Dienstag hat nun der Geschäftsausschuß des dänischen Arbeitgebervereins berathen und verhandelt über 1. die Errichtung von Unternehmervereinen in den Provinzen, den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen entsprechend, 2. die Bildung einer Centralkriegsliste, 3. eine skandinavische, event. internationale Organisation der Unternehmer, 4. über den Wortlaut der Streik- und Aussperrungsklauseln, den der Unternehmerverein für alle seine Mitglieder obligatorisch machen will. — Das bedeutet nichts anderes, als die Vorbereitung des nächsten Krieges, des Krieges gegen die Arbeiter und gegen die Kommunen, die die Aussperrungsklauseln abschaffen wollten. Die dänischen Unternehmer haben an ihrem ersten tollen Krieg noch nicht genug. Sie wollen Revanche, und thun alles, um ihre Hilfsmittel bis zum nächsten Kampfe zu vermehren. Die dänischen Gewerkschaftsverbände sind aus dem Kampfe im Sommer gestürzt hervorgegangen. Die Gewerkschaften zählen jetzt 80 000 Mitglieder. Sie werden nun alles thun müssen, um ihre Organisation auszubauen und zu festigen, und auf diese Weise nach Möglichkeit der Wiederholung eines ähnlichen Kampfes vorzubeugen, wie er im Sommer geführt worden ist.

Oesterreich-Ungarn.

Das Ministerium Thun hat endlich aufgehört zu existiren. Das Ministerium der Staatsverbrechen hat seine Entlassung gegeben. Noch am Freitag Abend hatten die österreichischen Offiziere die Stirn, die Kabinetskrisis abzuleugnen, allein ihren Versicherungen glaubte kein Mensch mehr. Am Sonnabend Vormittag fand dann unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Thun ein Ministerrath statt, in welchem die Demission des Kabinetts beschlossen wurde. Graf Thun wurde sodann um 10 Uhr vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen und unterbreitete dem Kaiser in Ausführung dieses Beschlusses die Demission des gesammten Kabinetts. — Das Kabinet Thun trat am 7. März 1898 ins Leben nach dem kurzen Zwischenregiment des bairischen Beamtenministeriums, das das badenische Kabinet ablöste. Graf Thun sollte u. a. auch die Aufgabe lösen, die Deutschen zu veröhnen und geordnete parlamentarische Zustände herzustellen. Zur Abmahnung der Beruhigung der Deutschen sollte der Eintritt Baernreithers, eines Vertreters des verfassungstreuen Großgrundbesitzes, in das Ministerium dienen. Allein bald zeigte Graf Thun, der frühere Statthalter von Böhmen, sein deutschenfeindliches Herz, wir erinnern nur an die alsbald nach Uebnahme der Regierung seitens des Ministeriums angeordnete Auflösung des Grazer Gemeinderaths. Von einer Aufhebung der berüchtigten Sprachenverordnungen war keine Rede, vielmehr bildete das ganze Regiment Thun's nur eine einzige fortlaufende Kette von Unterdrückung und Mißachtung des deutschen Elements, so daß schließlich Baernreither aus dem Kabinet schied, nachdem Graf Thun es selbst mit dem zahmen deutschen Großgrundbesitz verdoeben hatte. Selbst so lange Baernreither noch dem Kabinet angehörte, war es nicht möglich, die parlamentarischen Verhandlungen zum gedeihlichen Abschluß zu bringen. In Folge der hartnäckigen Obstruktion der deutschen Linken mußte wiederholt die Session des Reichsraths ergebnislos geschlossen werden. Seit dem Eintritt des klerikalen Dipauli als Handelsminister in das Kabinet zeigte sich erst der reaktionäre, deutschfeindliche Charakter des Kabinetts Thun in vollem Glanze. Je mehr es aber Graf Thun mit den Polen, Tschechen und Deutsch-Klerikalen hielt, desto weiter rückten die Deutschen von ihm ab. Am 22. Dezember 1898 ging der österreichische Reichsrath abermals auseinander, ohne die drängenden Ausgleichsvorlagen erledigt zu haben. Nunmehr begann die Zeit des verfassungslösen und verfassungswidrigen Regierens mit dem berühmten § 14, dem letzten Schluß der Regierungswiesheit des Grafen Thun, der nach Laaffeschem Vorbild „fortwurzelte“. Mit Hilfe dieses § 14 wurden die Ausgleichsvorlagen einfach dem Volk ausgetrotzt, u. u. auch die Konsumsteuern, z. B. auf Zucker, erheblich erhöht. Dem Grafen Thun begann es angesichts des Sturmlaufs der Deutschen gegen diesen gesetzwidrigen Zustand sehr unbehaglich zu werden, zumal da auch von Ungarn aus auf Beseitigung des verfassungswidrigen Regiments gedrungen wurde. Er machte daher nach angesichts der bevorstehenden Delegationswahlen den Versuch, sich mit der Opposition zu verständigen. Für Sonnabend hatte er durch den Präsidenten des Abgeordnetenhauses die Vertrauensmänner aller Parteien zu einer Konferenz berufen lassen. Diese Konferenz scheiterte jedoch namentlich in Folge der Haltung der deutschen Parteien, die auf die Einladung mit einer glatten Ablehnung antworteten. Erst mühten die Sprachenverordnungen aufgehoben werden! Das Scheitern dieser Konferenz hat den Sturz des Kabinetts Thun besiegelt, das auch das Vertrauen der Krone längst verloren hatte, worauf wiederholte Aeußerungen des Monarchen noch in den letzten Tagen hindeuteten.

Inzwischen sind noch auf Grund des § 14 die letzten Bestimmungen, betreffend den Ausgleich mit Ungarn, durch die amtliche „Wiener Ztg.“ veröffentlicht worden. Zugleich sind im ungarischen „Amtsblatt“ veröffentlicht die Gesetze über die Regelung der Zoll- und Handelsverhältnisse mit Oesterreich, betreffend die Valuta, die Einführung der Kronenwährung und die Verlängerung des Privilegiums der österreichisch-ungarischen Bank. Wer der Nachfolger des Grafen Thun werden

mecklenburgischen Versammlungsgesetzes schuldig gemacht hat, wenn wirklich jene Versammlung politische Zwecke verfolgte; denn durch jenes Gesetz ist der Versuch, eine ministeriell vorher nicht genehmigte Versammlung zu einem politischen Zweck zu veranstalten, unter Strafe gestellt. Man mußte also erwarten, daß dem Einberufer von dem Polizeiamt, das, wie es selbst schriftlich bekundet hat, eine Verletzung des Gesetzes für vorliegend erachtet, ein Strafbefehl zugehen würde. Dies ist nicht geschehen. Hieraus ziehen wir den Schluß, das Polizeiamt hat sich nachträglich von der Haltlosigkeit seiner ursprünglichen Ansicht, jene Versammlung sei eine politische, überzeugt. Es hätte dann aber auch die Konsequenzen seines Irrthums in der Weise ziehen sollen, daß es in einer öffentlichen Erklärung die vielen Hunderte von Versammlungsbesuchern, welche es gewalttham am Betreten des Saales hindern ließ, und namentlich den geschäftlich geschädigten Wirth, um Entschädigung bat. Etwas derartiges ist aber auch nicht geschehen.

Briefkasten.
Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen, werden nicht beantwortet.
 Drei Dänen. Die Ehefähigkeit beginnt bei Mädchen mit 24, bei jungen Männern mit 25 Jahren.
 Gullau. Ein Staatsamt gewährt die Staatsangehörigkeit nicht; diese muß auch von Beamten erst ausdrücklich erworben werden.
 Ein Kengleriger. Ob es auch in Lübeck Leute giebt, welche den Dokortitel an Unrecht führen? Möglich.
 Fragen Sie einmal bei den „L. u. K.“ an, die in dieser Hinsicht vielleicht besser unterrichtet sein dürften als wir. Zur Führung des Titels berechtigt das Bestehen des examen rigorosum und die sogenannte auf Grund einer gedruckt herauszugebenden Dissertation erfolgende Promotion. Sind Sie jetzt besriedigt?
 Achtung, Gesangverein! Die besten Lieber sind eingetroffen und von den betreffenden Gesangsvereinen am Montag Abend von 8 1/2 Uhr an im Vereinshaus abzuholen.
 Hamburg. Am dritten Ziehungstage der 5. Klasse der 816.

Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:
 Nr. 18165 mit 10000 Mk. Nr. 108942 mit 5000 Mk. Nr. 26115 35847 & 400 Mk. Nr. 17272 25580 30862 112517 & 300 Mk. Nr. 18678 19631 20409 37695 42644 48780 69729 77190 87246 100988 104858 & 200 Mk. (Ohne Gewähr.)
Quittung.
 Für die ausgesparten Dänen gingen ein:
 Bisher quittirt 4624,07 Mk.
 Balir durch M. 99,10 „
 Summa 4723,17 Mk.
 Redaktion des „Lüb. Volksb.“
 Sternschanz-Vierwerk.
 Hamburg, 23. September.
 Der Schweinehandel verlief etwas lebhafter wie die letzten Tage.
 Zuggeführt wurden 1290 Stüd. Preise: Versandschweine, schwere 46-47 Mk., leichte 47-48 Mk., Sauen 38-42 Mk. und Ferkel 45-47 Mk. pr 100 Wd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber in hiesiger keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu veranlassen und bei event. Entschädigungen sich auf unser Blatt zu berufen.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben zeigen an
Julius Schöning und Frau.

Ein Logis zu verm. Engelsgrube 59.

Große Stube zu vermieten für 2 junge Leute Klappenstraße 28 a.

1 bis 2 aufwändige junge Leute können Logis erhalten mit oder ohne Kost Johannisstraße 43, 1. Et., Hl.

Gesucht eine Wohnung für junge Leute i. Br. von 150-180 Mk. z. 1. Oct. oder 1. Nov., am liebsten v. Hürtert. Off. u. B 20 an die Exp.

Gesucht zu sofort an Stelle eines erkrankten e. ordentliches junges Mädchen für häusliche Arbeiten und bei Kindern.
Wilh. Menschel, Untertrave 53.

Sofort ein stadtkundiger Kutscher Fischergrube 22

Ein einjähriges Mädchen soll zum 1. October anderweitig in Pflege gegeben werden. Gefl. Angebote an den Vormund des Kindes **J. Eggert, Engelsgrube 65, 1. Et., erbeten.**

Margarine
 Vitello 70 Pfg.
 Extra 60 Pfg.
 F 50 Pfg.
 bei Abnahme von 2 Pfund Preisermäßigung
Heinr. J. Uter
 Schwartauer Allee 31.

Honig
 Pfd. 60 u. 80 Pfg.
Th. Storm
 Königstraße 98.

Zippendorfer
 Landbrot
 täglich frisch
Th. Storm
 Königstraße 98.

Allerfeinste
Margarine
 Pfd. 60 u. 70 Pfg.
Königstr. 98
 Laden rechts.

Elektrotechnisch. Geschäft Aug. Rosehr
 geprüfter Electricer
 Lübeck, Dankwartstraße 64.
 Projection und Ausföhrung electrischer Licht- und Kraftbetriebe nach den Vorschriften des Verbandes deutscher Electrotechniker.
 Handtelephon. — Handtelegraphen.
 Bligableiter-Anlagen und Prüfungen.
 Sämmtliche Reparaturen prompt.
 Boranschläge kostenfrei.
 NB. Vertretung der Mühlenbauanstalt u. Mählfabrik von **H. Schlüter & Co.** in Magdeburg-Neustadt.

Glückskollekte
 Am letzten Ziehungstage der 6. Klasse 2. Lübecker Staats-Lotterie fiel abermals der
Haupt-Gewinn
 von
Mk. 40000
 in meine vom Glück begünstigte Kollekte.
 Ich empfehle Glückslotse zur 1. Klasse in allen Eintheilungen.
 Es kostet 1/2 Mk. 1/4 Mk. 1/8 Mk.
 — Auswärtige Aufträge werden prompt und discret ausgeführt. —
Lübeck, den 22. September 1899.
M. J. Baer, Lotteriegeschäft,
 Königstraße 116.

Wir empfehlen jedem Parteigenossen die Broschüren:
Der wirthschaftliche Materialismus
 Von **P. Lafargue.** Preis 20 Pfg.
Gesellschaftl. u. Privateigenthum
 Von **Ed. Bernstein.** Preis 15 Pfg.
Zur Arbeiterfrage.
 Von **Ferd. Lassalle.** Preis 10 Pfg.
Socialpolitische Vorträge.
 Von **J. Dietzgen.** Preis 15 Pfg.
Lohnarbeit und Kapital.
 Von **Karl Marx.** Preis 20 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Allgemeine Ausstellung Lübeck
 in sämmtlichen Räumen des Wilhelm-Theaters.
 Dienstag den 26. September, Vormittags 11 1/2 Uhr:
Grosses Matinée-Concert
 ausgeführt von unserer Regiments-Kapelle.
 Nachmittags von 5-9 Uhr:
Grosses Concert
 ausgeführt von unserer Regiments-Kapelle.
 Eintrittskarten bis 5 Uhr Nachmittags à 1 Mk., von da ab à 50 Pfg. an der Tageskasse.
 Dauerkarten für einzelne Personen à 3 Mk., für die ganze Familie 5 Mk. in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen, sowie im Wilhelmtheater.
Der geschäftsföhrende Ausschuss.

Neue Ia. Berger Flohmheringe
Neue Magdeb. Salzgurken
Essig, Essigsprit u. Wein-Essig
 zum Einmachen
 in Gebüden jeder Größe empfiehlt
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,
 Fischergrube 61.
Essigfabrik.
Sohleder in Häuten und im Anschnitt sowie Schuhmacherartikel zu sehr billigen Preisen.
C. Kahns, Lederhandlung, Mengstraße 5.

Täglich frisch:
H. Bierwurst
H. Bockwurst
 empfiehlt
Carl Junge, Bahnhofsstraße 8.
 Uhren reinigen . 1,50,
 Federn einsetzen . 1,50,
 1 Jahr Garantie.
 Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Böttner,
 Uhrmacher,
 Högstraße 32.

Special-Fahrrad-Reparatur-Werkstatt
 Lübeck, Fleischhauerstr. 26, Hof.
Franz Busse.

Mitglieder-Versammlung
 der
Schauerleute
 am Montag den 25. September
 Abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
 Tages-Ordnung:
 1. Kartebericht. 2. Fragelasten. 3. Verschiedenes.
 Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.
Der Vorstand.

Holzarbeiter-Verband
Mitglieder-Versammlung
 am Dienstag den 26. September
 Abends 8 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Collegen Dammer über „Gewerkeinspection“.
 2. Fragelasten.
 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Lokalverwaltung.

Erstes
 diesjähriges Anspielen von
Gänsen, Rauchfleisch u. Karpfen
 findet am Montag
den 2. October statt
 in Herrn. Burmesters Bierhalle
 Untertrave 30.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 (Zahlstelle Lübeck.)

Einladung zum
BALL
 am Montag den 9. October
 im Lokale des Herrn Borgwardt
„Central-Hallen“.
 Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
 Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
 Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Comitee.

Tonhalle.
 Täglich großes Concert
 ausgef. v. d. Hamb. Jäger-Capelle.
 Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Circus Variété
 Nur noch kurze Zeit
 bleibt das mit großem
Erfolg
 angenommene September-Ensemble.
 Heute neues Repertoire.
 Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.
Letzte Woche.

